



„Sozial ist, was Arbeit schafft?“
Festrede „LIGA-Bank – 40 Jahre Filiale Speyer“
7. Juni 2005, Bistumshaus Sankt Ludwig, Speyer

Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Speyer, Juni 2005

Ansprechpartner:

Vorstandsbüro
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Telefon: +49 2241 246-2423
E-Mail: bernhard.vogel@kas.de

„Sozial ist, was Arbeit schafft?“

**Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Bernhard Vogel, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung,
Festrede „LIGA-Bank – 40 Jahre Filiale Speyer“, Speyer, Bistumshaus Sankt Ludwig, 7. Juni
2005**

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank für die Einladung, der ich gerne gefolgt bin. Ich gratuliere zum Anlass dieser heutigen Festveranstaltung und ich danke der LIGA, dass sie ihre Aufgabe als Partner der Diözese, der kirchlichen Einrichtungen, der Mitarbeiter im kirchlichen Dienst so vorbildlich wahrnimmt und dass sie die Einlagen zum Nutzen der kirchlichen Gemeinschaft einsetzt und vor allem für soziale, karitative und kulturelle Einrichtungen – Schulen, Krankenhäuser, Altenheime – verwendet: Die LIGA-Bank verbindet wirtschaftliches Handeln mit Solidaritätsbewusstsein.

Ich bin vom Wirken Ihrer Bank persönlich betroffen, ich unterhalte ein Konto bei der LIGA und habe meine Wohnung in Erfurt im Hause der Pax-Bank – Ihrer norddeutschen Schwester. Aus eigener Erfahrung weiß ich: Sie sind verlässlich, vertrauensvoll, präzise, freundlich, zuvorkommend, hilfsbereit! Wie man heute sagt: Sie arbeiten nachhaltig. Etwas besseres kann man über eine Bank wohl kaum sagen!

Ich wünsche allen Erfolg für die Zukunft, insbesondere in Ihren Schwerpunktbereichen. Die LIGA-Bank ist eine Bank besonderer Art, aber sie ist eben auch eine Bank und darum ist es für Sie nicht nur interessant, sondern lebenswichtig zu beobachten, was in Ihrem Umfeld geschieht.

Und in diesem Umfeld – in Deutschland – ist nichts so beherrschend, so bedeutsam, so besorgniserregend wie die hohe Arbeitslosigkeit, wenn ich einmal für diese abendliche Stunde von der Außen- und insbesondere Europapolitik absehe. In der Tat: Auch sie gibt gegenwärtig Anlass zur Besorgnis.

Deutschland hat fast 5 Millionen Arbeitslose – 500.000 mehr als im Vorjahresmonat. Hinzu kommen 1,5 Millionen (April) in Beschäftigungsgesellschaften und Fördermaßnahmen aller Art und 0,5 Millionen in Frühruhestandsmaßnahmen. Das heißt, wir haben 7 Millionen Menschen, die nicht ihre volle Lebenserfüllung finden, nicht etwa nur über zu geringes Einkommen verfügen. Ein Skandal, mit dem wir uns nicht abfinden dürfen! Ein Skandal, der die Soziale Marktwirtschaft, unsere Wirtschaftsordnung, langfristig in Frage stellt! Denn Soziale Marktwirtschaft heißt nicht nur Marktwirtschaft mit sozialen Rahmenbedingungen – sie heißt Vollbeschäftigung. Und Vollbeschäftigung hat es nur gegeben bei einer Arbeitslosigkeit von allenfalls 2,3 oder höchstens 4 Prozent. Ein Skandal, der noch zusätzlich darin besteht, dass es große regionale Unterschiede gibt: zwischen Ost und West und zwischen Nord und Süd! Ein Skandal schließlich, weil es unsere Sozialsysteme in größte Schwierigkeiten bringt!

Vereinfacht gesagt: Wer Sozialhilfe in Anspruch nimmt, ist darauf angewiesen, dass andere Arbeit haben und Steuern zahlen. Wer Sozialhilfe in Anspruch nimmt, lebt auf Kosten derer, die Arbeit haben

und Steuern zahlen. Je mehr Menschen Sozialhilfe in Anspruch nehmen, um so mehr müssen die, die sie nicht in Anspruch nehmen, leisten; jedenfalls wenn – wie bei uns der Fall – die Leistungen in hohem Umfang an den Lohn gekoppelt sind und als Lohnnebenkosten zu Buche schlagen. Insofern stimmt der Satz, mit dem meine Ausführungen in Ihrem Programm angekündigt sind: Was Arbeit schafft, ist sozial. Sozial ist, was Arbeit schafft.

Allerdings habe ich gebeten, hinter diesen Satz ein Fragezeichen zu setzen. Warum das Fragezeichen? Selbst Vertreter einer Plan- oder besser einer Zentralverwaltungswirtschaft könnten an der These „Sozial ist, was Arbeit schafft“ Gefallen finden.

Hat die DDR diesen Anspruch nicht erfüllt? Es gab scheinbar Vollbeschäftigung – aber die Folgen von 40 Jahren Sozialismus stehen uns noch vor Augen. Die DDR wäre wenig später wirtschaftlich zusammengebrochen. Ich habe Honecker nie geglaubt, wenn er davon sprach, die DDR nehme unter den Wirtschaftsnationen den 10. Platz ein. Aber dass die Volkswirtschaft der DDR sich in einem derartig maroden Zustand befand, hatte ich für unmöglich gehalten.

Es herrschte Zwang. Man konnte nicht kaufen, was man brauchte. Man musste nehmen, was es gab: Badehosen im Winter, Pelzmützen im Hochsommer. Man musste 10 Jahre auf sein Auto warten. Die Zustände in Krankenhäusern, Behindertenheimen, Altenheimen waren menschenunwürdig. Die Lebenserwartung war 5 Jahre geringer als in Westdeutschland. Die Umwelt war verseucht – das Wasser, die Luft, die Flüsse. Vor allem aber musste man die Unfreiheit als Preis zahlen. Die DDR war keine soziale Gesellschaft!

Bundespräsident Köhler hat uns in seiner Rede beim Arbeitgeberforum im März die Richtung gewiesen: Es müsse „eine politische Vorfahrtsregelung für Arbeit geben“. Es müsse alles getan werden, was der Bewahrung und Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze dient, alles unterlassen werden, was dem entgegensteht. Nur aus einer florierenden Wirtschaft in einem funktionierenden Markt, nur wenn Menschen in Lohn und Brot sind, kann sozialer Fortschritt gespeist werden.

Aber ist damit gemeint, was Friedrich August von Hayek – der Nobelpreisträger und herausragende Vertreter des Liberalismus – formuliert hat: „... dass der Markt an sich sozial ist, nicht dass er sozial gemacht werden muss“? – Soll nur der Markt regieren? Nein! Wir treten für den 3. Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Sozialismus und Liberalismus ein: Das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist, möglichst viele Menschen in Erwerbsarbeit zu bringen – als Voraussetzung dafür, dass wir wieder zu einem funktionierenden Ausgleich kommen zwischen marktwirtschaftlicher Freiheit auf der einen Seite und sozialer Sicherheit und Solidarität auf der anderen Seite.

Die Soziale Marktwirtschaft war das Konzept für den Wiederaufbau des zerstörten Westdeutschlands. Wie jeder weiß: eine Erfolgsgeschichte sondergleichen! Sie ist das Konzept für den schwierigen Umbau der sozialistischen Planwirtschaft in den jungen Ländern. Hier war sie viel schwerer durchzusetzen. Sie ist bis heute eine Erfolgsgeschichte, und sie muss auch künftig die Grundlage unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bleiben.

Wir spüren es an vielen Stellen: Die Bedingungen, unter denen die Soziale Marktwirtschaft ihren Beitrag zu leisten hat, haben sich verändert. Aber deswegen brauchen wir keine neue Soziale Marktwirtschaft, sondern wir brauchen neue Anstrengungen, um sie wieder wirksam werden zu lassen. Das heißt: Anknüpfen an die Gründergeneration der Bundesrepublik Deutschland und an Ludwig Erhard, der sein Diktum „Wohlstand für alle“ mit der Freiheit des Einzelnen, aber auch mit der Verantwortungsfähigkeit und dem Verantwortungsbewusstsein aller verbunden hat.

Kernpunkt der Sozialen Marktwirtschaft ist ein fundamentales Umdenken gegenüber jeder staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik. Er besteht in der Idee, dass nicht der Staat Vorrang vor dem Menschen hat, sondern der Mensch Vorrang vor dem Staat. Nicht der Mensch ist da, um dem Staat zu dienen, sondern umgekehrt. Der Staat ist für den Menschen da!

Das war die Konsequenz aus den Erfahrungen im Nationalsozialismus. Sie wurde von den Vordenkern der Sozialen Marktwirtschaft in den Gefängnissen, Konzentrationslagern, in den Widerstandskreisen, im Kreisauer Kreis zum Beispiel, im Exil gezogen – bekanntlich nicht ohne den wesentlichen Beitrag der Soziallehre beider Kirchen. Die meisten Freiburger waren evangelischer Konfession. Die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft erwuchs auf dem Boden strenger protestantischer Ethik. Aber auch Oswald von Nell-Breuning ist unvergessen: Der „Mensch steht im Mittelpunkt. Er ist Ursprung, Träger und Ziel aller Sozialgebilde und allen sozialen Geschehens.“

Und weil der Mensch im Mittelpunkt stehen muss, ist die Wirtschaft zwar Sache derer, die in der Wirtschaft tätig sind, aber der Staat muss Rahmenbedingungen setzen. Im Unterschied zur Idee des Kapitalismus gehört die Fürsorge für diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, zu seinen Aufgaben.

Das Eigentum hat – auch das ein Kerngedanke der christlichen Soziallehre: man lese die Enzyklika „Quadragesimo anno“ Pius XI von 1931 – eine private und eine soziale, eine auf das Einzelwohl und das Gemeinwohl gerichtete Seite. Freie Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit müssen so abgestimmt sein, dass sie miteinander vereinbar sind.

Wir in der Bundesrepublik Deutschland bekennen uns im Grundgesetz zur Freiheit des Eigentums: „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet“, heißt der erste Satz im Artikel 14 Grundgesetz. Satz 2 lautet: „Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.“ Und der nächste Absatz: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“. Mit anderen Worten: Eigentum ist sozialpflichtig. Es ist erlaubt, es ist notwendig, immer wieder an diese Sozialpflichtigkeit des Eigentums zu erinnern. Aber niemand darf vergessen, dass die Freiheit des Eigentums im Grundgesetz an erster Stelle steht.

„Das ist unsozial!“, „Das ist ungerecht!“, „Das begünstigt Reiche und benachteiligt Arme!“ Solche und ähnliche Äußerungen, pauschale Unternehmerkritik, kommen leicht über die Lippen, aber sie sind keine hilfreichen Beiträge zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Wer Neid schürt und Leistung diskreditiert, wer Reformen als Zumutung vermittelt, ohne auch deren Ertrag darzustellen, sorgt mit dafür, dass unsere Gesellschaft unsolidarischer und unsozialer wird. Es ist nicht patriotisch, wenn ein Unternehmer aus reinem Profitstreben seine Firma ins Ausland verlegt. Es ist

patriotisch, wenn er ein Zweigwerk in einem anderen Land errichtet, um die Arbeitsplätze seines Werkes in Deutschland zukunftssicher zu machen.

Christen sollten – müssen! – klar Position beziehen, weil die Katholische Soziallehre und die Evangelische Sozialethik Grundlagen dafür bieten, die Zukunftsfragen unseres Sozialstaats zu beantworten. Sie benennt die Prinzipien, an denen wir uns orientieren müssen, und bringt sie zum Ausgleich: Würde und Freiheit des Menschen, Subsidiarität und Solidarität. Es ist bedrückend, dass die Christliche Soziallehre gegenwärtig so sehr schwächelt, dass es keinen Nell-Breuning gibt!

Christen sind daher aufgerufen, sich zu Wort zu melden, wenn wir uns in Deutschland darüber Rechenschaft ablegen müssen, was der Bürger vom Staat erwarten kann und welche Verpflichtungen der Bürger selbst zu tragen hat. Der Ruf nach dem starken, allgegenwärtigen Staat kann die Antwort nicht sein!

Warum geht es um die Stärkung des Freiheitsgedankens?

In der Enzyklika „Centesimus annus“ (1991) – 100 Jahre nach der Enzyklika „Rerum novarum“ – schreibt Johannes Paul II: „Der Wohlfahrtsstaat, der ... die Gesellschaft ihrer Verantwortung beraubt, löst den Verlust an menschlicher Energie und das Aufblähen der Staatsapparate aus ..., Hand in Hand damit geht eine ungeheure Ausgabensteigerung.“

Die Enzyklika weiter: „Auch auf diesem Gebiet muss das Subsidiaritätsprinzip gelten: Eine übergeordnete Gesellschaft darf nicht in das innere Leben einer untergeordneten Gesellschaft dadurch eingreifen, dass sie diese ihrer Kompetenzen beraubt.“ „... Unternehmenssystemen die ihnen eigenen Kompetenzen auf Dauer zu entziehen ... wäre sowohl für die wirtschaftliche wie für die bürgerliche Freiheit schädlich.“

In diesem Sinne müssen wir in nächster Zeit eine Debatte über Freiheit und Solidarität führen. Wir müssen der Freiheit Raum geben – Wachstum braucht Freiheit! Aber ebenso entschieden müssen wir die Grenzen der Freiheit definieren.

„... bei einem Anteil des Staates von 30 bis 40 Prozent des Volkseinkommens [wird] die Marktwirtschaft als System ... zersetzt und schließlich gelähmt“, hat bereits Wilhelm Röpke, einer der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft, gewarnt. Seit Jahren liegen wir in Deutschland weit darüber. 2004 waren es rund 48 Prozent Staatsquote. Allein die Sozialausgaben machen einen Anteil von gut 32 Prozent des Volkseinkommens aus.

Nicht allein Wilhelm Röpke, zum Beispiel auch Walter Eucken, sahen in der zu großen Abhängigkeit vom Staat eine Gefährdung der menschlichen Freiheit – mit der Folge wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit. Zu lange blieben diese Warnungen ungehört. Es ist an der Zeit, die Dinge wieder ins richtige Lot zu bringen. Und das heißt: weniger Staat, weniger Bürokratie, mehr Freiraum, mehr private Initiative und mehr soziales Verantwortungsbewusstsein des einzelnen und der Gesellschaft. Die Soziale Marktwirtschaft kann nur gedeihen, wenn die Gesellschaft besteht, für das eigene

Schicksal und das der eigenen Familie Verantwortung zu tragen, wenn der Wille zu Leistung existiert und belohnt wird und nicht bestraft.

In der gegenwärtigen Diskussion werden die Menschen allzu häufig als Ausgelieferte und Opfer der Verhältnisse – entfremdet und ohnmächtig – dargestellt. Sind sie das wirklich immer? Haben sie immer nur Angst? Verlieren sie immer nur? Gibt es nicht auch Chancen?

Der Mensch ist nach unserem Verständnis mit Freiheit begabt und beauftragt. „Zur Freiheit hat uns Christus befreit“, heißt es bei Paulus. Dem Menschen sind Gestaltungs- und Leistungskraft geschenkt, soziale Kompetenzen sind ihm eigen. Es gibt auch Grund zur Zuversicht. Statt in angstvoller Negation künftiger Entwicklungen zu leben, sollten wir unser Selbstvertrauen und damit auch die Neugier auf die Zukunft zurückgewinnen. Zukunft ist immer ein Wagnis. Zukunft ist immer Hoffnung. Globalisierung hat nicht nur Risiken, sondern bietet auch große Chancen. Die Chance, dass ein junger Inder oder eine junge Brasilianerin eines Tages genauso gut leben können wie wir.

„Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin,“ so eine Passage aus „Wohlstand für alle“, der programmatischen Schrift Ludwig Erhards – erschienen 1957, geschrieben, als die Zukunft düsterer war als heute. Ein dritter Weltkrieg drohte und die Teilung Deutschlands und Europas schien für lange Zukunft unüberwindbar.

Es ist ein selbstbewusster Mensch, den Ludwig Erhard vor Augen hat. Arbeit und Erwerb gehören zu diesem Menschenbild. Nur wer Arbeit und Einkommen hat, kann sein Schicksal selbst in die Hand nehmen, kann eine Familie gründen und ernähren, kann seine eigenen Risiken absichern und einen solidarischen Beitrag zur Absicherung der Risiken seiner Mitbürger leisten. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen. Seine ordnungspolitische Aufgabe erfüllt er dann, wenn er jedem ein Mindestmaß an materieller Eigenständigkeit ermöglicht. Und wenn er denen, die beim besten Willen nicht für sich sorgen können, dennoch ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht: „Jeder ist wichtig, keiner darf verloren gehen.“ (Konrad Adenauer)

In Ausnahmesituationen und für eine Übergangszeit – wie zum Beispiel nach der Wende in den jungen Ländern – ist aktive Arbeitsmarktpolitik notwendig. Wir haben uns nicht streng an die Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft gehalten. Auch heute noch nicht. Aber: Aktive Arbeitsmarktpolitik, staatliche Subventionspolitik dürfen nicht, wie es zur Zeit geschieht, zu einer Dauereinrichtung werden.

2005 werden wir voraussichtlich mehr als 14 Mrd. Euro für den zweiten Arbeitsmarkt ausgeben – ein gutes Viertel des Haushalts der Bundesagentur für Arbeit. Gäbe es diese Ausgaben nicht, könnte die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte zu zahlenden 6,5 Prozent Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um mehr als 1,5 Prozent sinken. Ökonomen sagen, dass jeder eingesparte Beitragspunkt einen Zugewinn von 100.000 neuen Erwerbsarbeitsplätze bedeutet. 1 Prozent Beitragssatzsenkung entsprechen circa 7 Milliarden Euro. Die Sozialabgaben, die Lohnnebenkosten, betrugen am 1. Januar 2005 41,9 Prozent für Rentenversicherung, Krankenversicherung,

Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung. So gesehen, ist in der Tat nicht alles sozial, was Arbeit schafft. Wir stehen uns mitunter selbst im Weg.

Inzwischen wissen wir aus Untersuchungen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, dass Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik den Betroffenen den Wiedereinstieg in Erwerbsarbeit nicht erleichtern, sondern erschweren können, dass die staatliche Arbeitsmarktpolitik die Lebenschancen verschlechtert, statt sie zu verbessern.

Zurzeit tragen 26 Millionen Arbeitnehmer in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung die Ausgaben von mehr als 70 Millionen gesetzlich Krankenversicherten die Leistungen für mehr als 20 Millionen Rentner und fast zwei Millionen Leistungsempfänger der Sozialen Pflegeversicherung – Zahlen, die deutlich machen: Sozial ist, was Erwerbsarbeit schafft!

Produktive, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze sind das Gebot der Stunde – hochqualifizierte Arbeitsplätze für die Exportindustrie, die zurzeit eine besonders gute Entwicklung nimmt. Aber auch einfache Dienste sind notwendig. Erwerbsarbeit auch für Un- oder wenig Qualifizierte.

Das Gebot der Stunde heißt Flexibilität, die Fähigkeit, schnell auf neue Entwicklungen reagieren zu können. Ich nenne ein Beispiel: Viele Beitrittsländer haben ihre Steuersysteme radikal umgestellt. Wir beklagen das, anstatt das auch selber zu tun. Zu lernen schadet nie, es zu beklagen ist keine Lösung.

Wir haben es an einem Beispiel erfahren: Es war nicht einfach für die Mitarbeiter von Opel Eisenach, jahrelang mit 10 Prozent niedrigeren Löhnen als bei Opel Rüsselsheim, Opel Bochum oder auch Opel Kaiserslautern auszukommen und zwei Stunden länger zu arbeiten. Aber es zahlt sich aus.

Umfragen zeigen: Die Mehrheit der Bürger unterstützt Arbeitszeitverhöhung, um dadurch Arbeitsplätze zu sichern, im Land zu halten oder ins Land zu holen. Mehr als 50 Prozent sprechen sich für die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche aus. Man sieht endlich ein, dass – wenn es Schwierigkeiten gibt – man flexibel sein muss, mehr tun muss: Bei Siemens, Continental, DaimlerChrysler werden wieder 40 Stunden gearbeitet, der Öffentliche Dienst hat zum Beispiel in Hessen auf 42 Stunden erhöht. Dazu besteht mehr Bereitschaft als zur Preisgabe eines Feiertages oder zu Lohnverzicht.

Ein besonders schwieriges Problem ist die Integration von Geringqualifizierten in den ersten Arbeitsmarkt. Andere Industrieländer sind hierbei weitaus erfolgreicher als wir in Deutschland. Zurzeit machen sie einen Anteil von fast 40 Prozent der Arbeitslosen aus. Statt einem Einkommen aus Arbeitslosengeld II, eingeschränktem Hinzuerdienst und oft Schwarzarbeit sollten wir über Beschäftigungen in echten Vollzeitstellen sprechen – gegebenenfalls mit staatlicher Lohnaufstockung.

Eine Friseuse in Ostdeutschland arbeitet in der untersten Tarifgruppe laut Tarifvertrag für monatlich 480 Euro. Das sichert nicht die Eigenversorgung. Derartige Löhne müssen gezielt aufgestockt werden. Denn es ist für die Allgemeinheit kostengünstiger, einen solchen Niedriglohn mit Steuermitteln aufzustocken, als die Friseuse in die Arbeitslosigkeit zu entlassen.

Was die Debatte um Mindestlöhne betrifft: Sie können nicht staatlich verordnet, sondern nur tariflich vereinbart werden und sind nur bei bundeseinheitlich geltenden Tarifverträgen möglich. Hier besteht die Gefahr der Abwanderung in die Schwarzarbeit oder der Standortverlagerung. Auf dem Bau sind Mindestlöhne sinnvoll, denn der Bau kann nicht im Ausland gebaut werden. In anderen Branchen sind Mindestlöhne nicht sinnvoll, wenn sie dazu führen, dass die Produktionsstätte ins Ausland verlagert wird.

Bürokratieabbau heißt das Gebot der Stunde: 46 Mrd. EURO kostete die Unternehmen die Bürokratie in Deutschland 2003. Die Gründung einer GmbH mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten dauert in Deutschland sieben Wochen, die angelsächsischen Länder brauchen weniger als 5 Tage. Investoren müssen bis zu 27 Ämter aufsuchen, ehe sie beginnen können.

Modernität heißt das Gebot der Stunde: Die Zahl der Patentanmeldungen in Deutschland ist nicht zurückgegangen, aber die Umsetzung von Erfindungen erfolgt nicht mehr in Deutschland. Mikroprozessoren, Telefax und Compact-Discs sind deutsche Erfindungen. Aber Amerikaner und Japaner haben diese Schlüsseltechnologien auf den Markt gebracht. Der Transrapid ist eine deutsche Erfindung, aber wer mit ihm fahren will, muss mit TUI eine Reise nach Schanghai buchen.

Bildung und Wissenschaft heißt das Gebot der Stunde: Hier geht es nicht um ständig neue ideologische Diskussionen, hier geht es darum, dass Erziehung vermittelt wird und dass Wissen vermittelt wird – dass das Lernen gelehrt wird.

„Eine Volkswirtschaft kann auf die Dauer nur gedeihen, wenn sie sich in der Erfüllung des Dienstes am Menschen ... bewährt. Der materielle Erfolg ist gebunden an die Wirkungskraft im Geistigen und Sittlichen – ohne sie bleibt alles Materielle fragwürdig und flüchtig.“ (Ludwig Erhard)

Das gilt für die ganze deutsche Volkswirtschaft. Ich glaube, es gilt auch für die LIGA-Bank. Der Satz lässt sich wiederholen: „Eine LIGA-Bank kann auf die Dauer nur gedeihen, wenn sie sich in der Erfüllung des Dienstes am Menschen ... bewährt. Der materielle Erfolg ist gebunden an die Wirkungskraft im Geistigen und Sittlichen – ohne sie bleibt alles Materielle fragwürdig und flüchtig.“